

.....
.....
.....

An den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Herrn Burkhard Jung

04092 Leipzig

Leipzig, den 22.11.2012

Sehr geehrter Herr Jung,

Als Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung am 09.07.2012 der Stadtratsfraktion B'90/Die Grünen, dem Jugendamt (Herr Th. Schmidt) und ca. 100 Leipziger Tageseltern wurde uns seitens des Jugendamtes versprochen, auf einem Workshop mit Leipziger Tageseltern einen Vorschlag für die Erhöhung unserer laufenden Geldleistung zu unterbreiten, diesen mit den Tageseltern zu diskutieren und ihn dann dem Stadtrat als Beschluss vorzulegen. Dieses Versprechen wurde nicht eingelöst!

Statt dessen hat man nun an den Leipziger Tageseltern vorbei, also quasi hinter unserem Rücken einen Beschlussvorschlag für den Stadtrat erarbeitet, der in keiner Weise unseren Vorstellungen und Erwartungen entspricht. Der negativste Punkt aus diesem Papier ist, dass die laufende Geldleistung pro Stunde und Kind nur um 20 Cent erhöht werden soll und dies erst ab 01.08.2012. Ab dem 01.01.2015 soll die Fortschreibung der laufenden Geldleistung den gültigen Empfehlungen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages unterliegen. Hiermit soll unser Lohnniveau, das aktuell bei nur 70 Prozent des Bundesdurchschnittes liegt, auf niedrigem Niveau festgeschrieben werden.

Durch diese Überrumpelungs-Taktik will man uns kurzfristig vor vollendete Tatsachen stellen und uns weiterhin unser demokratisches Mitbestimmungsrecht vorenthalten. Wir sind es, die die Betreuungsarbeit an den Kindern und Familien leisten und dafür voll in der Haftung stehen. Deshalb wollen wir unbedingt über die Konditionen, unter denen diese Arbeit stattfindet und wie sie vergütet wird, mitbestimmen!

Unsere Hauptforderung betrifft den Stundensatz der laufenden Geldleistung für unsere Arbeit. Wir wollen, dass dieser in zwei Jahresschritten zu jeweils 0,55 €/Std. angehoben wird, damit er zum 01.01.2014 dem Bundesdurchschnitt entspricht. Dieser liegt aktuell bei 3.55 €/Std. und Kind. Und wir wollen die nächste Erhöhung nicht am 01.08.2013 sondern am 01.01.2013! Denn die letzte Erhöhung liegt dann bereits schon 3 Jahre zurück!

Eine Umsetzung der aktuellen Vorlage würde durch das Übersteigen von Mindestbeitragsbemessungsgrenzen zu höheren Ausgaben für RV, KV, PV und effektiv zu einem niedrigeren Netto-Verdienst bei Tagespflegepersonen führen, was wiederum viele KollegInnen veranlassen würde, weniger Kinder zu betreuen (z.B. 4 anstatt 5 Kinder) um so ein Überschreiten der Beitragsbemessungsgrenzen zu umgehen.

Bitte verhindern Sie, dass der Beschlussvorschlag in seiner aktuellen Version umgesetzt wird und helfen Sie uns, unsere berechtigten und angemessenen Forderungen zeitnah zu erfüllen. Wir sind keine unterdurchschnittlichen Bundesbürger und wollen deshalb auch nicht unter dem Bundesdurchschnitt bezahlt werden!

Mit freundlichen Grüßen

.....